

**Beschluss des 4. Landesparteitages  
1. Tagung, DIE LINKE. Thüringen, 16./17. November 2013**

**(Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen)**

**Das Problem heißt Rassismus**

Der Parteitag des Thüringer Landesverbandes der Partei DIE LINKE am 16./17. November 2013 in Suhl verurteilt die rassistisch motivierten Aufmärsche gegen die Aufnahme von Flüchtlingen in Greiz (Thüringen) und Schneeberg (Sachsen).

Auftreten und Parolen der Aufmärsche, bei denen Bürgerinnen und Bürger der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft gemeinsam mit Neonazis für die Volksgemeinschaft marschieren und gegen Nicht-Deutsche hetzen, erinnern in erschreckender Weise an 1992, dem Jahr, in dem mehr als 2.600 Angriffe auf Nicht-Deutsche gezählt wurden und ein brauner Mob in Rostock-Lichtenhagen mehrere Tage wütete. Unterstützung erhalten sie, wenn Politik und Medien die Mär vom „Asylmissbrauch“ erzählen, Flüchtlinge als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diskreditieren und in Bildern von Naturkatastrophen von „Asylflut“ und „Zustrom“ berichten. Umgekehrt erhalten diejenigen den rechten Beifall, die Flüchtlinge menschenunwürdig in Lagern unterbringen und ihnen die Bewegungsfreiheit und den freien Zugang zu Lebensmitteln verweigern. Rassismus ist schon lange kein „Privileg“ von Neonazis mehr, sondern verfestigter Bestandteil dieser Gesellschaft.

Erst aus Einstellungen werden Taten. Deswegen wenden wir uns gegen jede Form von Rassismus und Diskriminierung, auch dann, wenn diese sich im Verwaltungshandeln oder in Gesetzen manifestieren. Oder wenn, wie in der Gemeinde Beichlingen im Landkreis Sömmerda, Tourismus und Naturschutz gegen die Aufnahme von Flüchtlingen ins Spiel gebracht werden. Die Auseinandersetzung mit den weit verbreiteten rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft und deren Bekämpfung ist eine der vordringlichsten Aufgaben auf dem Weg hin zu einer freien und solidarischen Gesellschaft.

Wir erklären uns solidarisch mit der antirassistischen Demonstration am heutigen Tag in Schneeberg und übermitteln unsere Grüße.

Wir rufen die Mitglieder, SympathisantInnen der Partei DIE LINKE und die Öffentlichkeit auf, sich am 23. November 2013 in Greiz dem geplanten Neonaziaufmarsch zu widersetzen und gemeinsam gegen Rassismus und Ausgrenzung sowie Neonazismus und Nationalismus zu protestieren.

DIE LINKE wird sich überall, wo sich Hetze und Mobilisierungen gegen Geflüchtete richten oder in Zukunft durch Neonazis und rassistische Mitte der Gesellschaft zu erwarten sind, an Seite der Geflüchteten stellen. Die beginnenden Debatten in Jena-Lobeda oder in Erfurt zeigen, dass breit verankerter Rassismus keine Eigenschaft der Kleinstadt ist. Auch hier drohen - seit Monaten von der NPD und anderen Neonazis erhoffte - rassistische Mobilisierungen. Diesen wird DIE LINKE an der Seite antifaschistischer und antirassistischer Initiativen entschlossen entgegen treten.

DIE LINKE fordert die konsequente Anerkennung von Flüchtlingen, die aufgrund von Verfolgung, Kriegen, Unterdrückung, ökologischer und ökonomischer Ausbeutung, Umweltkatastrophen und Diskriminierung aus existenzieller Angst ihr Herkunftsland verlassen haben, und deren menschenwürdige Aufnahme in der Bundesrepublik und in Thüringen.

DIE LINKE wird auch weiterhin konsequent für die Schaffung humanitärer und menschenwürdiger Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Thüringen sowohl auf Landesebene als auch in den Landkreisen und kreisfreien Städten eintreten und praktische Unterstützung für in Thüringen lebende Flüchtlinge anbieten.

Suhl, den 16.11.2013